

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend mit dem Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Werbung nehmen sämtliche Vorankäufer Beiträge entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Polen und Luxemburg 25.— M., für das übrige Ausland 75.— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 50

Die abendpaltige Sonntagsausgabe oder deren Raum kostet 2.— M. einschließlich Anzeigenpreise. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigenpreis. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 4.50 M. extra pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.
Fernsprecher: Zentrum 152 36—152 39

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gröffnung des Parteitagcs in Leipzig

Der erste Tag Internationale Kundgebung

Leipzig, 8. Januar.

Unter großer Beteiligung auch der Leipziger Arbeiterschaft und der ausländischen Bruderparteien traten am Sonntag nachmittag um 5 Uhr die Delegierten des Parteitages im „Volkshaus“ zusammen. Schon in dieser ersten Sitzung hoben sich klar die Probleme heraus, die den Parteitag beschäftigen werden. Nicht mit Unrecht blüht die gesamte Arbeiterschaft auf diesen Parteitag. Und nicht nur sie, sondern auch das Bürgertum wird erkennen, daß von dieser Tagung sowohl eine Stärkung der deutschen Arbeiterklasse als auch eine Klärung der innen- und außenpolitischen Probleme zu erwarten ist.

Nach den eindrucksvollen Begrüßungsreden des Genossen Fleißner, Leipzig und des Genossen Crispian, die beide das Problem der Einigung des Proletariats in den Mittelpunkt ihrer Darlegungen stellten, erfolgte die Wahl des Bureaus. Altem Brauch gemäß wurde neben einem Vertreter der Zentralkomitee, Dittmann, ein Vertreter der örtlichen Parteiorganisation, Fritz Seger, gewählt. Der von den Zentralkomiteevertretern der Partei ausgehende Vorschlag auf Umstellung der Tagesordnung fand einstimmige Billigung, nachdem der Genosse Dittmann ergänzend bemerkt hatte, daß der Fortfall des selbständigen Referats über Finanz- und Steuerfragen keine Verringerung dieser Probleme darstelle, sondern daß die Steuerfrage bei dem Bericht der Reichstagsfraktion ausführlich erörtert werden soll.

Die Begrüßungsreden der ausländischen Delegierten, die dann folgten, waren mehr als die üblichen Sympathieerklärungen Europas.

Europa, die Welt, befindet sich in einer schweren Krise. Der Krieg und die Untätigkeit der herrschenden Klassen und die aus ihm hervorgegangenen schweren Erschütterungen der Weltwirtschaft sind zu besorgniserregend. Die in allen Ländern der Welt fühlbaren Wirkungen dieser Krise — Absatzrückungen, Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Elend und Not — haben die Arbeiterklasse aller Länder näher gebracht. Die Erkenntnis ist gewachsen, daß der Front des Kapitalismus, die immer international war, die internationale Geschlossenheit des Proletariats entgegengestellt werden muß und daß nur auf den von dem sozialistischen Proletariat gewiesenen Wegen eine Lösung der Weltwirtschaftskrise möglich ist.

Prächtig brachte das der Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Giles, dessen Rede Genosse Lebedevor übersehte, mit den Worten zum Ausdruck: „Eure Sorgen sind unsere Sorgen, eure Schwierigkeiten sind unsere Schwierigkeiten, eure Wünsche sind unsere Wünsche“. Seine Darlegungen sowie die des ihm folgenden Redners, des Genossen Grumbach (Paris) fanden die vollste Aufmerksamkeit des Kongresses. Grumbach sprach an Stelle des auf der Reise zum Parteitag erkrankten Generalsekretärs der französischen Partei Paul Faure. Seine Rede löste stürmischen Beifall aus. Dieser Beifall galt aber nicht nur dem temperamentvollen Redner, sondern mehr noch dem Vertreter der französischen Arbeiterklasse, der im Namen seiner Partei für die deutsch-französische Verständigung sagte: „Bleibt der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich, dann ist der europäische Kontinent verloren. Das sei die einstimmige Auffassung der französischen Partei, die mit der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie zusammen das Wiederaufbauprogramm von Amsterdam aufgestellt hat, dessen Gedankengänge jetzt ihren Siegeszug bis nach Cannes angetreten hätten. Nicht Spott, nicht Entrüstung dürfen wir entgegen gegenüber den Herrschenden, wenn sie aus ihrem Labyrinth keinen Ausweg finden, sondern nur die Erkenntnis, daß die Unfähigkeit und Unwilligkeit der Bourgeoisie zu überwinden sei. Vor allem sei die Einheit in der internationalen Aktion der Arbeiterklasse nötig. Die Einigung würde aber nicht ein Werk der Heuchelei sein, wie es die Moskauer Witzschleuderer erstreben, sondern das Werk wahrhafter Verständigung.“

Nach einer weiteren Begrüßungsrede Rubaschoffs, der im Namen der sozialistisch-zionistischen Arbeiterschaft sprach, entrollte Abramowitsch, der Vertreter der Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) ein grauenhaftes Bild der Verfolgungen der Sozialisten in Sowjet-Rußland. In Moskau befinden sich gegenwärtig 250 politische Gefangene aller Richtungen im Hungerstreik. Niemand kümmert sich um ihr Schicksal, keine ärztliche Hilfe wird ihnen zuteil, Freiheit ist dem russischen Proletariat ein unbekanntes Wort. Der Hungerstreik ist nur entstanden, weil kein

anderes Mittel zur Aufrüttelung der öffentlichen Meinung gegeben ist, weil auch das ausländische Proletariat nichts getan hat, um den verfolgten Sozialisten in Rußland zu Hilfe zu eilen.

Abramowitschs Appell war nicht vergeblich. Der Parteitag entschloß sich sofort zu einer wichtigen Protestkundgebung gegen die Verfolgungen von Sozialisten in Sowjetrußland und beauftragte die Parteileitung, mit der Sowjetregierung in Verbindung zu treten, damit sie diese Mißstände beseitige.

In den Reden der ausländischen Delegierten war auch ein starkes Bekenntnis zur Notwendigkeit der Einigung des Proletariats zu vernehmen. Besonders stark in der Rede des Vertreters der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, Hillebrand, aber auch Friedrich Adlers, des Vertreters Deutschösterreichs und Sekretärs der Internationalen Arbeitsgemeinschaft. Er erörterte die Notwendigkeit der Einigung, allerdings einer Einigung, die sich nur vollziehen könne auf dem Boden der von der U. S. P. vertretenen Grundsätze.

Die erste Sitzung des Parteitages hinterließ einen überaus günstigen Eindruck. Sie legte Zeugnis ab von dem großen moralischen Vertrauen, das sich die U. S. P. durch ihre bisherige Haltung bei den ausländischen Bruderparteien erworben hat und von den großen Hoffnungen, mit denen man jetzt der Arbeit dieses Parteitages entgegen sieht.

In der Montagssitzung begründet zunächst Genosse Rosenfeld zwei Resolutionen, eine zugunsten der politischen Gefangenen in Deutschland und eine gegen die Auslieferung der spanischen Syndikalisten, die des Mordes an Dato angeklagt sind. Die Resolutionen werden vom Parteitag einstimmig angenommen. Nach ihm hält Genosse Dittmann sein Referat über die politische Lage, ihm folgt Genosse Hente, der den Bericht der Reichstagsfraktion erstattet und zur Steuerfrage spricht. Der ausführliche Bericht folgt in der Morgenausgabe.

Die Sonntagsitzung

Unter starker Beteiligung der Leipziger Parteigenossen, die die Nebenräume und Galerien dicht füllten, wurde am Sonntag nachmittag 5 Uhr im großen Saale des Leipziger „Volkshauses“ der Parteitag eröffnet.

Nachdem die Mihailowitsch Chöre zwei Gesänge vorgelesen hatten, begrüßte Genosse Heinrich Fleißner, Leipzig die Delegierten im Namen der Parteigenossenschaft des Bezirks Leipzig. Er wies darauf hin, daß in Leipzig die Wege der deutschen Sozialdemokratie stand. Die Leipziger Arbeiterschaft hat nicht nur ein wesentliches Verdienst um die Entwicklung der allgemeinen Arbeiterbewegung, sondern auch um die U. S. P. Sie gehörte zu den ersten, die gegen die Kriegspolitik den Kampf aufnahmen, und sie hat immer ihre prinzipielle Haltung gewahrt. Auch die Spaltung konnte ihr nicht viel anhaben. In ganz Sachsen hat sich die Organisation der U. S. P. bewährt, was die letzten Gemeindevahlen bewiesen haben.

Die sozialistische Regierung in Sachsen stellt ein Stück politischer Macht dar, das sich die Arbeiterschaft erungen hat. Der Redner schildert die Verkürzung des Leipziger Volkshauses, das von den Zerstörerwilligen vorzüglich in Brand gesteckt worden ist. Dem Opfersinn der gesamten Arbeiterschaft verdankt es seine Auferstehung. Es ist ein Symbol der Stärke der Leipziger Arbeiterschaft. Wir sind der festen Überzeugung, daß der Parteitag die Massen klären und den Ansporn zur einheitlichen Kraftentfaltung der Arbeiterschaft geben wird, damit trotz alledem die Ziele der sozialistischen Arbeiter verwirklicht werden können.

Nach Fleißner begrüßte den Parteitag im Namen des Zentralkomitees der Genosse Crispian. Er erinnert eingangs seiner Rede an die

Ermordung des Genossen Garzis

der von der Reaktion in dunkler Nacht meuchlings ermordet worden ist. (Die Delegierten erheben sich zur Ehrung des toten Genossen von den Plätzen.) Genosse Garzis war einer der besten und hoffnungsvollsten Mitkämpfer in der Arbeiterbewegung.

Vor zwei Jahren ist hier das Aktionsprogramm zustande gekommen, das dem Proletariat ein Wegweiser in seinen Kämpfen sein sollte. Die U. S. P. ist entstanden im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg. Sie hat in Krieg und Revolution das Banner des Sozialismus hoch und rein gehalten. Anstatt nach dem Kriege die Front der Arbeiterschaft zu spalten, haben die Rechtssozialisten durch ihre Koalitionspolitik dieses Bestreben unmöglich gemacht.

Die U. S. P. hat immer den Klassenkampf als rein ökonomisch bedingte Notwendigkeit erkannt. Sie hat immer die Einigung des Proletariats angestrebt. Sie wuchs rauh empor, aber die Kommunisten predigten die Spaltung und zerstörten unseren Bau. Das Fundament ist aber geblieben und die U. S. P. hat zweifellos einen geistigen Sieg davongetragen. Auf dem erhalten gebliebenen Unterbau wird sich ein neues Gebäude mächtiger und gewaltiger erheben als zuvor.

Die Bürgerlichen sind bemüht, die Zerspaltung der Arbeiterschaft noch zu steigern. Man trägt diese Zerspaltungsoffne künstlich von außen herein.

Das Proletariat blüht hoffnungsvoll auf Leipzig. Die U. S. P. ist hant des erwarteten Folgen Schiffes ein Bra

geworden. Wie Jena war aber auch Götting keine Kundgebung für die Einigung des Proletariats. Sie haben die bisherigen Einigungen ihrer Koalitionspolitik noch durchbrochen und der Einigung neue Schwierigkeiten bereitet. Die gesamte Entwicklung hat die Politik der U. S. P. gerechtfertigt. Wir müssen nach wie vor die irrende Kraft bleiben, und wir werden auch diesmal unserer historischen Aufgabe gerecht werden. Wir werden in den Vordergrund rücken, was dem Proletariat gemeinsam ist, und es zur Geschlossenheit führen. Leipzig muß den Proletariern eine Aufrüttelung werden. Genosse Crispian schließt seine Rede mit dem Gedicht von Johann Henri Kadav:

Das ist das Wahre: seiner Zeit zu dienen
Und dennoch sie beherrschen — klaren Blicks
In Zukunft kann mit eisenharten Mienen
Und schnell mit lächer Hand in des Geschicks
Bermorene Fäden reißen, ehe sich
Zum unlöslichen Knoten unser Leben
Verhängen kann — wer rückwärts seige mich,
Der lüge nicht — der hat sich selbst ergeben.“

Zu Beratenden werden gewählt die Genossen Dittmann und Seger. Unter dem Vorbehalt des Genossen Seger werden alsdann Beisitzer gewählt und die Mandatsprüfungskommission gebildet. Aus der vorliegenden Tagesordnung wird auf Vorschlag des Zentralkomitees sowie des Beirats und der Kontrollkommission der Punkt Finanz- und Steuerpolitik fallen gelassen, da die Voraussetzungen für dieses Referat infolge der außenpolitischen Lage fehlen. Weiter wird vorgeschlagen, den Bericht der Reichstagsfraktion und der Programmkommission hintereinander folgen zu lassen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Ein Begrüßungstelegramm der Genossen Lott und Seger wird mit Beifall aufgenommen. Aus der Festung Niederschönfeld hat Genosse Ernst Lottler in einem Schreiben den Parteitag begrüßt.

Von Frankreich, England, der Schweiz, Rußland, Lettland, Oesterreich und der Tschechoslowakei sind Delegierte entsandt, die vom Parteitag mit großem Beifall begrüßt werden.

Genosse Hayes-England übermittelt die Grüße der Independent Labour Party. Eure Sorgen sind unsere Sorgen. Wir arbeiten gemeinsam dafür, daß wahre Brüderlichkeit und Menschlichkeit die Menschheit verbindet. Die englischen Gewerkschaften sind mit den sozialistischen Parteien und Genossenschaften organisch zusammengeschlossen, um gemeinsam Kandidaten aufzustellen. Er schließt ausführlich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die zur Zeit in England herrschen, und im letzten Jahre der englischen Arbeiterschaft einen

Einkommensverlust von 700 Millionen Pfund Sterling brachten, ein Umstand, der ihre wachsende Verzweiflung zur Folge hat. Über zwei Millionen Arbeitslose sind zur Zeit in England vorhanden. Der wachsende Widerstand der Arbeiterklasse wird auch in England die Zahl der Anhänger sozialistischer Ideen vermehren.

Für die französische Partei spricht Genosse Grumbach-Paris an Stelle des auf der Reise erkrankten Genossen Paul Faure. Auch in Frankreich ist die Partei durch die Kommunisten gespalten und geschwächt worden, die sich jetzt aufs erbitterteste bekämpfen und untereinander wiederum gespalten haben.

Genosse Grumbach erinnert daran, daß die französische Unabhängigen vom ersten Tage an den Friedensvertrag von Versailles bekämpften. Heute werden die Herrschenden gezwungen sein, die Wege zu beschreiten, die die Internationale Arbeitgemeinschaft propagiert hat. Werden keine Brüden geschaffen, kommt es nicht zur Verständigung, dann ist die Menschheit verloren.

In Erkenntnis der Schwierigkeit, die Probleme zu lösen, verlangen die französischen Sozialisten, daß die Proletarier aller Länder sich verständigen sollten. Die französische Partei wird nichts unversucht lassen, die Einheit der internationalen Aktion herbeiführen zu helfen. Die Einigkeit des Proletariats über alle Grenzen der Parteien hinweg darf nicht ein Mandat einer Partei über die andere sein, wie Sinowjew sie sich denkt. Einheit in Lage und Heuchelei wird nicht möglich sein. Die Einheit kann nur in Aufrichtigkeit in der Aktion zustande kommen.

Genosse Reinhardt entbietet die Grüße der Schweizer Partei. Die Schweizer Genossen haben während des Krieges immer hoffnungsvoll und zuverlässig auf die U. S. P. und ihren aufrichtigen Kampf geblickt. Mehr als ein Drittel der Industriearbeiter ist arbeitslos. Die Internationale kann sich nur auf der Tat aufbauen.

Genosse Becker spricht im Auftrage der sozialistischen Partei Luxemburgs und schilbert die Verhältnisse dieser Partei. Die Kommunisten sind in Luxemburg nur schwach und zählen höchstens 200 Mitglieder.

Für die deutsch-sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschechoslowakei überbringt Genosse Hillebrand die Grüße. Der Richtungsstreit hat auch uns nicht verschont, die wir 8 Nationen in einem Staat zusammengepreßt sind, und das Volk vor dem großen Jertum nationalkaiserlicher Bestrebungen bewahren müssen. 43 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen gehören unserer Partei. Wir haben immer auf das deutsche Proletariat geschaut und haben das Vertrauen, daß es wieder voranzutreten wird im gemeinsamen Kampfe gegen die Bourgeoisie.

Die Grüße der jüdischen sozialistischen Arbeiterpartei Zion überbringt Genosse Rubaschoff. Die jüdischen Genossen sind bereit, alle die Pflichten zu erfüllen, die der Sozialismus dem internationalen Proletariat auferlegt wird. Möge diese Tagung das wahrhaft revolutionäre Proletariat Deutschlands einig und zusammenschließen. Das sozialistische jüdische Proletariat ist

Palästin a vertritt bereits sozialistische Versuche. In ihrem Namen bringe ich Ihnen herzlichste Grüße.

Genosse Abramowitsch:

als Vertreter der Menschewiki erklärt, daß die russische Sozialdemokratie sich der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie verbunden fühlt, die nicht nur die Hungernden Rußlands unterstützt, sondern auch die notwendige sozialistische Kritik an den Bolschewiken geübt hat, deren Politik jetzt mit vollen Segeln dem Kapitalismus zusteuert. Rußland ist auf dem besten Wege, ein bonapartistisch regierter Staat zu werden. Noch immer werden die Sozialisten, die eine legale Oppositionspartei sein wollen, aufs Schärfste verfolgt. Zu Tausenden werden sie ins Gefängnis gesteckt, aus dem einzigen Grunde, daß sie sich nicht an der Wahlpropaganda beteiligen können. Genosse Abramowitsch schildert die schrecklichen Zustände in den Gefängnissen

Zustände in den Gefängnissen

des jetzigen Rußlands, die so manchen Hungerstreik hervorgerufen haben. Nach den letzten Telegrammen sind 250 Genossen verschiedener Richtungen in Moskauer Gefängnissen in den Hungerstreik getreten, um die Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats auf diese entsetzlichen Verhältnisse zu lenken.

Mutig und entschlossen gehen sie in den Tod,

um nicht die Bedingungen zu unterschreiben, jede politische Betätigung zu unterlassen. Im Sinne unserer Genossen, die Sie um Hilfe anrufen, schreibe ich mit den Worten

Hoch die Internationalität!

Der Parteitag, der in tiefer Ergriffenheit dem Genossen Abramowitsch gelauscht hat, bricht in bürmische Sympathie- und Gedächtnisreden aus.

Dittmann verliest eine Protesterklärung gegen die unmenschliche Behandlung der sozialistischen Inhaftierten durch die Bolschewiki, welcher der Parteitag einstimmig zustimmt. (Wir bringen die Erklärung an anderer Stelle zum Abdruck.)

Schneider spricht für die Partei der Linken Sozialrevolutionäre Rußlands und dankt für das Eintreten des Parteitags zugunsten der russischen Gefangenen.

Als letzter ausländischer Vertreter spricht Genosse Friedrich Adler,

der von bürmischen, demonstrativem Beifall begrüßt wird. Wir haben in Oesterreich die reaktionären Verhörungen überstanden, dennoch ist das Proletariat in einer verzweifelter Lage, die hauptsächlich wirtschaftlicher Art ist. Woher schäbert denn in kurzen Strichen die Lage der Arbeiterschaft in Oesterreich und erklärt, daß sich die österreichischen Arbeiter mit dem deutschen Proletariat zusammengehört fühlen.

Für die Wiener Arbeiterschaft hat der vor zwei Jahren in diesem Saale abgehaltene Parteitag entscheidende Bedeutung gehabt. Die Unabhängigen haben immer den unbedeutenderen Weg gewählt. Sie sind

wie augenblicklichen Massenstimmungen gefolgt.

Nicht im Kriege und nicht nach dem Kriege, als Moskau populär geworden war. Darum kann keine Rede davon sein, daß die U. S. B. sich auflösen habe. Einigung kann nur erfolgen, wenn die Einigkeit des Proletariats geschaffen ist. Wir haben die Hoffnung, daß die U. S. B. auf diesem Parteitag aufs neue die Treue zu dem Geiß, der sie bisher befehlt hat, bekräftigen wird. (Lebhafte Beifall)

Dittmann dankt den ausländischen Delegierten für ihre Begrüßungen und stellt sie als einen Beweis der internationalen Verbundenheit des Proletariats hin.

Der Gesang der Internationale beschließt die Eröffnungsfeier. Die Montagstagung beginnt um 9 Uhr vormittags.

Kleine Nachrichten

Eine Million schwedische Kronen für Rußland. Das von der schwedischen Regierung eingesetzte Komitee für die Hilfsaktion in Rußland hat beschlossen, beim Reichstag die Bewilligung von einer Million Kronen zu beantragen, wozu die bereits bewilligten 800 000 Kronen kommen. Der Betrag soll zur Linderung der Not in Rußland verwendet werden.

Kommunistische Auslandsabteilungen sollen eingehen. Die in Riga erscheinende russische Zeitung „Sowdnoja“ meldet, daß die Sowjetregierung demnächst eine Reihe kommunistischer Zeitungsabteilungen des Auslandes liquidieren werde. Es werden daher die in den baltischen Handelsländern erscheinenden halbamtlichen Charakter tragenden bolschewistischen Organe in absehbarer Zeit ihr Erscheinen einstellen. Moskau baut also mehr und mehr ab.

Die Lehrerin

Stilze von Max Dörfl

Max wird nun bald vierzig Jahre alt sein! Dieser entsetzliche Gedanke hat wie ein grauer Herbstreif das schöne dunkelblonde Haar der unerschrockenen Lehrerin trübe überhaucht.

Man hat zwar sein Leben lang nach Schönem und Edlem nach Erinnerung gestrebt —

Dabei kam aber die heiße Sinnlichkeit immer zu kurz! Es ist der Mensch zweierlei: seelisch und körperlich. Wird dem Körper nicht sein Recht — dann leidet auch die Seele darunter. Es ist die Seele des Körpers Blüte. Verkümmerte Pflanzen schenken keinen Blütenduft.

Man hat Ablenkung gesucht.

In seinen jungen Jahren gab man sich dem Talmigeist der Kirche hin. Das war ein falscher Schein und ein herber Trug. Die eigene Philosophie führte zur Verechtigung jeglicher Lebensfreude.

Aber eine unüberwindliche Scham ließ die junge Lehrerin nicht vom Gängelbände der bürgerlichen Tradition abkommen. Und doch liebte man. Heiß und wild! Aber man war zu feige — dem Urteil seiner Mitmenschen ins Gesicht zu schlagen. Und er war keine passende Partie. Ein armer Buchdrucker war er — und obendrein noch leichtsinnig — er trank und er wanderte: Er wanderte die Hälfte des Jahres durch Wald, Gebirge und über fremde Grenzen — ein richtiger Landstreicher war er.

Man versuchte, ihn zu vergessen. Man ließ in die Museen und Galerien: zum klassischen Drama und zur hohen Oper. Das betäubte wohl eine Zeit lang.

Aber endlich durchbricht immer wieder das heiße Verlangen des Körpers alle angewandten Vertuschungsmittel.

Da steht man nun in der muffigen Schulkasse vor einer künftigen Schar junger Damen — man lehrt sie Seelengröße, Entfaltung und Selbstbeherrschung.

In der eigenen Brust aber ist immer ein lautes höhnisches Lachen!

D — das Leben ist ein großer Unsinn.

Zuweilen leuchtet es wohl hell auf: Ein rotes Ähren geht durch die Seele der alternden Lehrerin: sie fühlt — daß sie ihr eigener Feind ist — sie fühlt: daß ihr ein fähiger Kampfwiller fehlt — ein Kampfwiller, der mit der bürgerlichen Gesellschaft mutig seine geistige Klinge kreuzt.

Und mit einem Ausschrei der Erlösung möchte sie zu den dunklen Scharen der um ihre Freiheit kämpfenden Menschheit eilen —

Deutsche Vertreter nach Cannes berufen

Rathenau Führer der Delegation

Sonntag vormittag 11 Uhr wurde dem Reichskanzler als Minister des Auswärtigen durch die französische Botschaft folgendes Telegramm zur Kenntnis gebracht, das der Präsident des Obersten Rates an die französische Botschaft in Berlin zur Übermittlung an die deutsche Reichsregierung überhandelt hat:

„Der Oberste Rat wird ohne Zweifel das Bedürfnis haben, Ihre Vertreter in der nächsten Woche (vom 8. bis 15. Januar) zu hören; um Zeit zu gewinnen, regen wir an, daß Ihre Vertreter sich nach Paris begeben und sich dort bereithalten, um unsern Rat zu folgen.“

In der Kabinettsitzung, die Sonntag nachmittag stattfand, wurde die Reparationsfrage, insbesondere die Einladung deutscher Vertreter durch den Obersten Rat der Alliierten, erörtert. Es wurde beschlossen, die zu entsendende deutsche Delegation unter die politische Führung des Reichsministers a. D. Dr. Rathenau zu stellen. Der Delegation werden angehören: Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, Staatssekretär a. D. Bergmann, ferner der Vorsitzende der Kriegslastenkommission in Paris, Staatssekretär Fischer sowie Ministerialdirektor Trendelenburg und Legationsrat Martius.

Wie Havas aus Cannes meldet, wurde der Vorschlag, die deutschen Delegierten einzuladen, von der britischen Delegation eingebracht, die ihre sofortige Berufung verlangte. Ministerpräsident Briand, unterstützt vom Ministerpräsidenten Theunis, hatte auf die Notwendigkeit für den Obersten Rat hingewiesen, zu diesen Verhandlungen erst zu schreiten, nachdem über die Bedingungen, die Deutschland gestellt werden sollten, Einigkeit erzielt sei, namentlich was die Garantien betreffe, die von dieser Regierung verlangt werden sollen, um die deutsche Finanzlage zu sanieren.

Dieser Standpunkt wurde vollkommen gebilligt, und die Konferenz glaubt nicht, in der Lage zu sein, die Vertreter Deutschlands eher als nach 48 Stunden nach Cannes einzuladen zu können.

Einigung über die Reparationen?

100 Millionen Goldmark für 1922 — Die Bedingungen für die Zahlungsmilderung

Paris, 9. Januar.

Wie einige Pariser Morgenblätter melden, sollen die alliierten Sachverständigen in der Reparationsfrage zu einer Einigung gelangt sein. Deutschland soll im Jahre 1922 700 Millionen Goldmark als Entschädigung in bar zahlen. Diese Forderung sei abhängig von der Annahme folgender Bedingungen:

1. Der deutsche Zolltarif muß auf Goldbasis kalkuliert werden und nicht mehr auf Papiermark;
2. die Eisenbahn- und Posttarife müssen erhöht werden;
3. der Preis für Kohlen muß in Deutschland erhöht werden;
4. Deutschland muß alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um sein Budget auszugleichen;
5. Deutschland muß Vorkehrungen gegen die Flucht des Kapitals nach dem Auslande treffen;
6. jede weitere Ausgabe von Banknoten muß eingestellt werden;
7. endlich muß eine Revision der Reichsbank erfolgen.

Deutschland habe an Sachlieferungen für das Jahr 1922 1250 Millionen Goldmark zu leisten, in den beiden folgenden Jahren je 1600 Millionen. Die Befahrungskosten ausschließlich der der amerikanischen Armee sollen ab 1. 3 nicht mehr als 200 Millionen Goldmark betragen plus einer Summe in Papiermark, die später festgesetzt werden soll. Der Deutschland zu zahlende Kohlenpreis soll auf der Basis des französischen Verkaufspreises berechnet werden.

Mit ihnen möchte sie unter wellendustenden Märzmannern markieren —

Mit ihnen würde sie noch einmal jung und liebend sein können. Das fühlt sie: das fühlt sie!

Aber ihr Wille ist so schwach — und die Tradition klammert sich erschwerend an die Flügel ihres sehrenden Herzens.

Man kommt nicht von sich los!

Und man wird nun bald vierzig Jahre alt sein.

Dieser entsetzliche Gedanke hat wie ein grauer Herbstreif das schöne dunkelblonde Haar der unerschrockenen Lehrerin trübe überhaucht.

In ihren Augen erlöschen langsam aber sicher die einst so glühenden Spiegelbilder der hohen nächtlichen Sterne.

„Nachtasyl“

Moskauer Künstlertheater.

Der Uebersetzer des berühmten Gottischen Stückes hat es „Nachtasyl“ genannt. Blätter und äußerlicher hätte er den Titel nicht wählen können. Er hätte „Auf dem Grunde“ oder „In der Tiefe“ lauten müssen. Denn die Tiefen des Gesellschaftslebens werden in dem Stücke erschlossen.

Als der „Baron“, einer der Entgleisten, am Schluß des Stückes den Gelang der trinkenden Gesellschaft durch die Nachricht über den Selbstmord des Schauspielers unterbricht, weiß der Bobba-Philosoph Satin, nach einer Sekunde lautiloser Stille, darauf nichts anderes zu erwidern, als „Dummkopf, das ganze Lied hast du uns verpsucht!“ Ja, das ganze Lied, das ganze Lebenslied dieser Menschen, dieser leidenschaftlichen Menschen, ist ein für allemal gründlich und endgültig verpsucht. Und dieses Lied singen sie Tag für Tag. Es bildet den Refrain ihres Daseins.

Die Fabel des Stückes? Ja, gibt es hier überhaupt eine Fabel? Ein Liebhaber den schönen Körper eines teuflischen Weibes, der Frau des bigotten, an gelber Geldgier schier erstarrten Wirtes eines Nachtasyls. Er liebt aber auch die reine Seele ihrer Schwester, die ihn zu sich emporheben will. Die erste sieht den Liebhaber entgegen und heßt ihn auf ihren alten Mann. So will sie die Schwester um ihre Liebe bringen, vom Mann loskommen und den Liebhaber ins Gefängnis bringen. Das gelingt ihr, wenn auch nur zum Teil. Wassili löst den Mann, aber auch die Frau kommt ins Gefängnis.

Ist das der Inhalt des Dramas? Nein! Es ist die Tragödie des noch ganz in der Vergangenheit lebenden ehemaligen Barons und jetzigen Sublitters und Schauspielers (Katschajoff), des noch immer mit sich kämpfenden früheren Schauspielers (Alexandroff), des intelligenten Satin, des Köchers der Chre seiner Schwester (Kassatins), des alten Spielers

Wie der Sonderberichterstatter des „Temps“ aus Cannes meldet, wird bis Montagabend im Obersten Rat ein Einvernehmen über die Reparationszahlungen für das Jahr 1922 erzielt sein. Die deutschen Delegierten würden am Dienstag dem Obersten Rat an die französische Botschaft in Cannes sein. Die Verhandlungen mit ihnen würden sich auf zwei Tage erstrecken worauf am Freitag die Konferenz auseinandergehen werde.

Der Beschluß der Konferenz von Cannes, Deutschland unter gewissen Bedingungen Zahlungserleichterungen für 1922 zu gewähren, ist durch einen weiteren Beschluß ergänzt worden, deutsche Vertreter nach Cannes zu berufen. Sie sollen erst gehört werden, wenn eine Einigung über die Reparationsfrage unter den Alliierten selbst erzielt ist. Diese ist bis jetzt noch nicht zustande gekommen. Aus den verschiedenen Meldungen ergibt sich, daß die Finanzsachverständigen zu dem Vorschlag gekommen sind, daß Deutschland für 1922 700 Millionen Goldmark in bar zu zahlen habe. Wie erinnertlich, waren bei den Londoner Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand 500 Millionen Goldmark als Jahreszahlung für 1922 in Aussicht genommen. Dieser Vorschlag stieß besonders auf belgischer Seite auf Widerspruch, der von Frankreich unterstützt wurde. Die Vorschläge der Finanzsachverständigen unterliegen noch der endgültigen Beschlussfassung durch den Obersten Rat.

Die schwierigste Frage wird für die deutschen Vertreter die Stellungnahme zu den Bedingungen sein, deren Annahme die Alliierten als Voraussetzung für die Zahlungserleichterung verlangen. Es finden sich verschiedene Punkte unter diesen Bedingungen, die von der deutschen Regierung längst mit größerer Energie hätten in Angriff genommen werden müssen. An Hinweisen darauf, auch an dieser Stelle, hat es nicht gefehlt.

Die Abreise der deutschen Delegation erfolgt heute, Montag, nachmittag 2 Uhr. Sie begibt sich zunächst nach Paris und wird sich dort bereithalten, der Einladung der Alliierten zu direkter Verhandlung Folge zu leisten.

Das französisch-englische Bündnisverhältnis

Paris, 9. Januar.

Wie der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ aus Cannes mitteilt, werden die Beratungen über die Frankreich durch England zu gebenden Garantien fortgesetzt. Gestern vormittag haben die französischen Minister Lloyd George ein Memorandum überreicht, in dem der französische Standpunkt zum Ausdruck kommt. Nachmittags hatten Briand und Lloyd George eine Unterredung. Für heute vormittag wird die Antwort der englischen Delegation auf das französische Memorandum erwartet. Schon in London habe bei den letzten Verhandlungen Briand auf die Notwendigkeit eines englisch-französischen Bündnisses hingewiesen. Damals habe er keinen Erfolg gehabt, und er habe unter gewissen Bedingungen zustimmen müssen, daß Deutschland ein Moratorium bewilligt würde. Er habe sich auch auf die englische Wirtschaftskonferenz einlassen müssen, mit einem Wort, Waren geliefert, bevor er den Preis dafür erhalten habe. Briand und seine Mitarbeiter hätten zuerst in der gestern abendmittelten Note ein Defensivbündnis verlangt, das sich auch auf die osteuropäischen Staaten, namentlich auf Polen, ausdehne. Diese Forderung habe Lloyd George als für die Dominions unannehmbar abgelehnt, er sei mit einigen Abänderungen auf den Wortlaut des Schutzvertrages vom 28. Juni 1919 zurückgekommen. England wolle Frankreich mit allen seinen militärischen Streitkräften unterstützen, um gemäß Artikel 42, 43 des Friedensvertrages von Versailles die militärische Neutralität des linken Rheinufers und die Entmilitarisierung des rechten Rheinufers in einem Gebiet von 50 Kilometern zu sichern, falls ein nicht provozierter deutscher Angriff erfolge.

Irland nimmt den Vertrag an

Das Daily Cinema hat das Irische Abkommen mit 84 gegen 57 Stimmen angenommen.

Buknow (Scharoff), der freiwillig ging, um seine Frau nicht töten zu müssen, des ehemaligen Schlossers Klebsch (Weslenski), der mit dem Tod seiner Frau nun endgültig jeden Haß verliert, der Dirne Kassa (Knipper-Tschokowa), die sich durch ihr Phantasieleben für die trostlose Gegenwart schades hält, des Dichters Johannes (Wassiljew), der nicht, weil sein Vater gestohlen hat und des Wälgers Luda (Lachanoff), der überall verstanden und verstanden zu vermitteln versucht. — Auch der hat viel auf dem Kerbholz.

Wie gespielt wurde? Auf der Szene wurde gelebt, geliebt, gehaßt, geküßert, philosophiert, gemürrt, gemordet — alles andere, nur nicht gespielt! Ein Auschnitt aus dem russischen Leben, den keine andere Aufführung uns so vor Augen führen kann. L. R.

„Anatol“ (Kammerspiele). Der geistvolle Schwäger mit Tadeln und Philosophen — Hindam spricht zu uns. Wien — Paris und berühmtes „jüdisches Herz“. „Anatol“: ziemlich abgegangene Kost von 1900. Schnipser zeigt, wie ein ungeschickter Nichtstuer herumliebt und verläßt uns mit dem erhebenden Ausblick, daß ein Heißes es nach der Haggel weiter so treiben wird. Max Kist: der Dichter moralisiert mit schwerem Herzen. Im Grunde liebt er alle diese Flachköpfe und will uns zu ähnlichen Abenteuern Lust machen. Daher fühlt sich auch unser sogenanntes besseres Publikum bei diesen Stücken wohl, obgleich es bereits empfindet: da ist nicht viel dahinter. Anton Edlhofer trug nichts dazu bei, seinen Anatol sympathisch zu gestalten. Er schwedte mit kleinem Knüttel zwischen Schauspiel und Lustspiel und war weder originell noch lebendig. Seinen langweiligen Freund, der ihn heimlich bewundert, gab Hermann Thimig ebenso unbedeutend. Trotz aller Routine wußte er nichts im Gange. Rede und Erlebnis aus seiner allerdings sehr unanziehenden Rolle herauszuholen. Aber gerade in solchen Fällen zeigt sich ein feineres Talent am deutlichsten. Lina Lassen, als Gabriele, hatte trotz des Gestirns-Jugendspiels, das ihr Reis anhaftet, viel echten Charme, und Margarete Christians gab viel Temperament und Natürlichkeit her. A. N.

Tages-Notizen

Dienstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, Kaiserl. Reichstheater, Opernhaus des Bühnen-Corps unter Leitung von Camilla Blüthgen. Rollen des Werks: Angula Bay (Seyran), Maria Kögler (W.).

Das Theater-Künstler-Theater wird sein Geheiß von Deutschen Künstler-Meister nicht, wie gewohnt, am 12. Januar, sondern erst am Sonntag, den 18. Januar, begeben. Für die letzten Tage des Geheißes hat Aufführungen der „Falschmied“ (Kaiser-Kammertheater) (18. und 19. Januar) und „Die Lügner“ (11. Januar) vorgesehen.

Die Stabskapitänin wählte letzte öffentliche Erkennung ihre Tochterabend auf den 18. und 19. Januar vorliegen. Die größten Ratten jagten zur 1. und 2. Besetzung ihre Gültigkeit.

Die russischen Kerker auf!

Protestkundgebung des Parteitages

Der Parteitag in Leipzig hat folgende Protestkundgebung beschlossen:

Tieferschüttert durch die Nachricht von dem im Moskauer Kuznetsk-Gefängnis ausgebrochenen Hungerstreik sämtlicher dort eingekerkerten Sozialisten und Anarchisten, erhebt der Parteitag klammern Protest gegen die unmenschliche Behandlung der Inhaftierten und gegen ihre Verbannung nach Turkestan und anderen entlegenen Gegenden Russlands.

Der Parteitag stellt fest, daß diese unmenschliche Behandlung Sozialisten gegenüber ausgeübt wird, denen selbst die bolschewistische Regierung kein anderes Verbrechen zur Last legen kann, als daß sie Gegner der kommunistischen Partei sind, und die ohne gerichtliches Urteil auf Anordnung der geheimen politischen Polizei in den Kerker gesteckt und zum Teil bereits seit 3 Jahren im Gefängnis festgehalten werden.

In dem der Parteitag die Schreckensherrschaft als unvermeidbar mit den Grundzügen des Sozialismus vermischt und verurteilt, weist er noch darauf hin, daß die terroristische Taktik der bolschewistischen Regierung gegenüber allen andersdenkenden Proletariats und Sozialisten in anderen Ländern den Kampf des Proletariats gegen die Klassenherrschaft des erstarrenden Kapitals erschwert.

Der Parteitag drückt allen eingekerkerten Genossen sein warmes Mitgefühl aus und beauftragt die Parteileitung, sich

ungefährnt an die Sowjetregierung zu wenden und alle sonst geeigneten Mittel zu ergreifen, um die sofortige Freisetzung aller in Russland und in dem von bolschewistischen Truppen besetzten Georgien eingekerkerten Sozialisten zu erwirken.

Protest der Arbeiter

Die gesamten Funktionäre aller sozialistischen Parteien der Firma A. Borzig, Tegel, erheben den klärenden Protest gegen die juristischen Mißhandlungen der politischen Gefangenen in Sowjetrußland.

Sie beauftragen ihre Parteivorstände, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese Kulturshande vorzugehen.

Die Moskauer Tragödie

Warschau, 8. Januar. (Eig. Bericht.)

Wie aus Moskau gemeldet wird, brachen dort während der Tagung des Rätekongresses starke Unruhen im Kuznetsk-Gefängnis aus. Veranlassung dazu gab die Absicht der Verwaltung, eine größere Anzahl von Sozialrevolutionären nach Archangelst zu transportieren. Die Gefangenen leisteten Widerstand, worauf es zu heftigen Zusammenstößen kam. Anlässlich dieser Vorgänge brachen in den Moskauer Fabriken Unruhen aus, die durch Militär unterdrückt wurden. Es sind etwa 3000 Personen verhaftet worden.

Reichs-Frauenkonferenz der U.S.P.

Das Referat der Genossin Burm

In ihrem Referat über die Jugendwohlfahrt führte die Genossin Burm aus:

In der Jugendwohlfahrt mitzuarbeiten, ist die ganze Gesellschaft berufen. Was wir heute als Jugendpflege, als Jugendfürsorge erleben, ist Flitterwerk, ist nichts Großes, nur Kotbeise. Es ist die Aufgabe der Gesellschaft, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Das Ziel ist

das Aufwachen der menschlichen Entwicklung.

Die Erziehung der Jugend muß auch vom Standpunkt eines gesunden Nachwuchses erfolgen. Noch wissen wir nicht, wieviel Schwachsinne der unheilvolle Krieg geschaffen hat. Das wird sich in einigen Jahren ganz herausstellen, wenn die letzten im Kriege geborenen Kinder zur Schule angemeldet werden. Die Jugendfürsorge soll vorzugen sein, sie soll einsehen, ehe die sozialen Schäden vorhanden sind. Die Fürsorge für die Verbrecher, für die Schwachmünnigen belastet die Allgemeinheit. Es handelt sich darum, diese unproduktiven Ausgaben herabzusetzen, und das kann geschehen durch vorbeugende Maßnahmen. Die gesellschaftliche Fürsorge greift heute erst ein, wenn eine Bewachung des Kindes eintritt. Wir fordern die Übernahme der Kosten für die Säuglingspflege, für die Jugendfürsorge auf die Gesellschaft. Die ungeheure Zahl der Waisenkinder, der körperlich und geistlich gefährdeten, der verwahrlosten Kinder sagt uns, wie richtig unsere Forderung ist. Sie bedeutet noch nicht die Trennung von Mutter und Kind. Heute leisten viele zu wenig für das Allgemeinwohl, für die Jugendpflege, während manche arme Familie allein bis leben und noch mehr Kinder erziehen müssen. In diesen Familien leiden die Kinder wieder am allermeisten.

Das Jahrhundert des Kindes.

Es ist aber eigentlich das Jahrhundert der Jugend. Die Jugend ist Subjekt geworden; sie ist nicht mehr Objekt. Die Jugend ist im Wirtschaftslernen zu einem unentbehrlichen Faktor geworden. Früher hat man die Jugend gelehrt, die Wirtswaffen zu führen. Wir wollen sie lehren, andere Waffen zu führen. Wir wollen sie hart machen und sie zu wehren Menschen erziehen. Jugend ist Vorbereitung zum Wehrdienst. Wir müssen der Jugend helfen, jung zu sein.

Rechnerisch geht nun ausführlich auf das Jugendwohlfahrtsgesetz ein, das dem Reichstag vorliegt. Es ist schon lange im Werden begriffen. Der eigentliche Vater des Gesetzes ist der Rechtssozialist Heinrich Schulz. Der Gesetzentwurf bietet viel Gutes. Was noch ganz ist, gibt Heinrich Schulz infolge seiner Nachlässigkeit auf. Zentrum und Demokraten sind diejenigen, die am meisten auf Verschlechterung des Gesetzes drängen. Seit März 1921 wird der Entwurf im Ausschuss des Reichstages beraten, und noch ist er nicht fertig. (Hört, hört!) Daran ist vor allem die Zentrumspartei schuld. Mit dem Gesetz will die bürgerliche Gesellschaft ihre eigene Wohlfahrt, die sie als grübelnd ansieht, sicher stellen. Mit dem Gesetz wird durchaus Neues geschaffen. Verlangt wird, daß sich die freie Todesstrafe einordnet in die behördliche Tätigkeit, daß sie sich der behördlichen Kontrolle unterstellt. Es fehlt in Deutschland an Einrichtungen für den Mutterchutz, für die Säuglingspflege und Jugendfürsorge. Hoffentlich gibt die Diskussion recht viel Anregungen.

Die Beratungen werden hierauf auf Sonntag vormittag verlagert.

Sonntagstagung

Die Genossin Burm fährt in ihrem Referat fort und vertitt eingehend die Forderung von Schulpflichtigen. Sie haben bis jetzt noch keine gesetzliche Regelung gefunden. Die Verhältnisse haben sich seit Einführung der Jugendgerichte etwas verbessert. Diese sind aus der Geschäftsförderung der Justiz entstanden, ohne bisher im Gesetz verankert zu sein. Die Zahl der bekrafteten Jugendlichen betrug in den Jahren 1914, 1916 und 1918: 51.000, 115.000 und 185.000. — Eine Wirkung des Krieges! — Die Schulpflicht liegt oft in Händen von Leuten ohne jedes Versehen. Wir fordern, daß die Schulpflicht nicht einzelnen Personen, sondern dem Jugendamt übertragen wird. Nach dem Gesetz sollen bei Ausschluß auf Erfolg sogar Personen bis zu 20 Jahren in Fürsorgeunterstellung kommen können! Die ärztliche Untersuchung der Kinder ist zu fordern, um zu verhindern, daß Minderjährige in Fürsorgeunterstellung kommen. So wie es katholische und evangelische Anhalten gibt, verlangt Gen. Burm sogar Anstalten für Minderjährige. (1)

Ganze 50 Millionen pro Jahr sind im Entwurf zur Ausführung des Gesetzes eingeplant. Im Ausschuss wurden sie verdoppelt. Unter Verlangen, 500 Millionen einzusparen, wurde abgelehnt.

Die Berufsämter den Jugendämtern zu unterstellen, ist leider noch nicht gelungen. Sie müssen in engerer Fühlung mit den Erziehungsämtern stehen.

Die Berufsämter dürfen ihre Aufgabe nicht darin sehen, den herrschenden Klassen Ausbeutungsobjekte zu liefern. Einführung von Begabtenprüfungen ist an Stelle der psychologischen Prüfungsverfahren zu fordern.

Der Mißbrauch der Kinder zu öffentlichen Schaustellungen muß aufhören. Sogar

in einem Vorbestimm

und Kinder als Darsteller verwendet werden! Schaustellungen dürfen solche Genehmigungen überhaupt nicht erteilen. Schutz der arbeitenden Jugend bis zum 18. Lebensjahr. Dabei aller gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren. Durch Erhöhung von Waisen- und Waisenkindern muß die Ausbeutung der Kinder durch ihre eigenen Mütter beseitigt werden.

Mit der Aufforderung zu intensiver sozialer Mitarbeit schloß Gen. Burm unter stürmischem Beifall.

Genossin Schneider-Kentzka betont die Wichtigkeit der Arbeit proletarischer Frauen in den Jugendämtern. Die Jugendämtern müssen unter Schulaufsicht gestellt werden. Die Haupttätigkeit in der Jugendwohlfahrt muß immer ehrenamtlich sein. Wir müssen bestrebt sein, die gesamte Wohlfahrtsarbeit zusammenzuführen. Die Zusammenarbeit der Jugendfürsorge und der Wohlfahrtsämter ist notwendig. Bei der Jugendgerichtsbarkeit müssen wir auf die Mitarbeit der proletarischen Frauen den größten Wert legen.

Kulturreferat-Heidemann führt viele praktische Beispiele aus der bisherigen Jugendwohlfahrtsarbeit an, aus denen hervorgeht, daß an der Jugend aufs schmerzliche gefühlend wurde.

Bradin-Gera bemerkt, daß Jugendwohlfahrt im sozialistischen Sinne getrieben werden müsse. Durch Auf- und Ausbau der Kindergruppen können wir die Kinder im Gemeinschafts- und sozialistischen Geiste erziehen.

Jugendrat-Berlin kritisiert das soziale Unverständnis der Bürgerlichen auf dem Gebiete der Wohlfahrtsarbeit. Umste Genossinnen und Genossen müssen sich in den Gemeindevertretungen und sonstigen Körperlichkeiten der in sozialer Tat sich Befindlichen annehmen.

Demming-Berlin betont, daß es keine Frage von so großer Bedeutung gibt, als den Schutz des wehrlosen Kindes. Wir müssen in den Parlamenten des Reiches, der Bundesstaaten und Gemeinden alles einsehen, um alles für die Kinder herauszuholen. Rednerin behandelt ausführlich die Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder auf dem Lande und im Auslande.

Genossin Kojenski-Berlin hebt die Wichtigkeit des Jugendstrafrechts hervor. Deutschland hinter auf dem Gebiete des Jugendstrafrechts weit hinter den anderen Ländern her. Die deutsche Resolution hat den Jugendlichen nicht einmal ein soziales Strafrecht gebracht. Wir fordern die Heraushebung des Strafalters für Jugendliche. Nicht durch Strafe, sondern durch Erziehung muß auf die Jugendlichen eingewirkt werden. In der Jugend-Gerichtsbarkeit muß eine grundlegende Reform herbeigeführt werden. Die Jugendgerichte müssen auf die Jugendämter übertragen werden. Das heutige Jugendrecht ist ein Klassenverbrechen. Das wird erst anders werden, wenn wir die Klassen-gesellschaft beseitigt haben. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Genossin Remig referiert über

Die Tätigkeit der Frauen in den Parlamenten

Die Hoffnung, daß die Frauen nach den klärenden Erfahrungen während des Krieges ihre politischen Rechte richtig anwenden würden, hat sich als trügerisch erwiesen. Bei allen Wahlen hat ein großer Teil proletarischer Frauen als Männer sich für die bürgerlichen Parteien entschieden. Das politische Verständnis bei einem großen Teil proletarischer Frauen ist noch sehr mangelhaft. Wir sollten uns der systematischen sozialistischen Bildungsarbeit unter den Frauen annehmen. Es ist Mißbrauch der Männer, daß viele Frauen noch der Stillepunkt der Reaktion sind. Solange es uns nicht gelingt, an Stelle des frommen Glaubens das Wissen und die Erkenntnis zu setzen, werden wir auch die Frauen nicht gewinnen. Die bürgerlichen Parteien haben es verstanden, an das Gemüt und Gefühl der Frauen zu appellieren. Mehr systematische sozialistische Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Frauen wird dazu beitragen, daß mit Hilfe des Frauenwahlrechts der sozialistische Einfluß im Parlament größer wird. Trotz der vielen Millionen Frauen sitzen im Reichstag nur 26 weibliche Abgeordnete. Bei den bürgerlichen Parteien kommen im Reichstag auf 21 männliche Abgeordnete 1 weiblicher, bei den sozialistischen Parteien auf 8 männliche 1 weiblicher. In der Fraktion unserer Partei sind verhältnismäßig die Frauen am stärksten vertreten. Wo der Ausgang der Wahlen in Kreisen sehr zweifelhaft ist, sollte man dafür sorgen, daß

mehr Frauen als Kandidatinnen

aufgestellt werden. Dafür müssen unsere Frauen eintreten. Es wäre vielleicht möglich gewesen, den einen oder anderen Wahlkreis zu erobern, wenn eine Frau an aussichtsreicher Stelle gestanden hätte. Wir brauchen noch mehr Frauen in den Parlamenten, um das Wort der Männer zu beseitigen, daß die Politik nur Bestandssache sei. Nicht darf es sich allein um den Bestand bei politischen Entscheidungen handeln, sondern auch das Gefühl und das Gemüt der Frauen muß bei der Not und dem Elend unserer Zeit mit einbezogen sein. Die proletarische Frau wird im Parlament die richtigen Worte und die richtigen Herzensstimmen finden. Es ist kein bloßer Zufall, daß sich die Sozialistinnen an die Frauen des Parlamentes wenden, weil sie wissen, daß die Stimme des Herzens und das Gefühl der Frau entscheidender ist, als der kalte nüchterne Verstand. Die größten Politiker haben auch starke Gefühlsmomente mit in die Politik gebracht. Das Gefühlsmoment wird immer dazu benutzt, um die Frau von der Politik fernzubehalten. Die Frauen, die da sagen, daß trotz der Frauen im Parlament es noch nicht besser geworden ist, wissen nicht, daß an den jetzigen Zuständen

der Krieg und seine Folgen

schuld sind. Die Frauen tragen in den Parlamenten dazu bei, daß im Interesse des Proletariats gearbeitet wird.

Die Frau leidet, was sie nach ihrem Eintritt in das Parlament leisten konnte. Die Frauen sind in den Reichstagsausschüssen vertreten, die sich mit wichtigen sozialen Aufgaben zu befassen haben. Rednerin wört für Bekämpfung der Tuberkulose und Trunksucht in Stadt und Gemeinden ein. Besichtigt werden müssen die Abtreibungsparagrafen. Wir führen den Kampf für die unheiligen Kinder. Wir erziehen die nötige Gleichberechtigung der Frau auf dem Gebiete der Rechts-

pflege. Wir treten ein für den Mutterchutz. Wenn uneheliche Beamtinnen entlassen werden, treibt man diese Unglücklichen auf den Weg der Prostitution. Auch in den Gemeindeparlamenten ist den Frauen ein reiches Feld der Tätigkeit eröffnet. Deshalb muß die Frau in die Gemeindevorstaltung. Die Genossinnen müssen ihr Augenmerk auf die Wohlfahrtsarbeiten, die von privater Seite getroffen worden sind, richten. Unsere Aufgabe als Sozialistinnen muß sein, die Menschen zur Menschlichkeit zu führen. Erst unter dem Sozialismus wird die wahre Menschlichkeit kommen. (Beifall.)

In der Diskussion ergreift zunächst Genossin

Stigler-Bremen das Wort. Sie beschäftigt sich in ihren Ausführungen hauptsächlich mit der Tätigkeit der Frau in der Jugendwohlfahrt.

Genossin Kojenski-Berlin macht Ausführungen über die Bekämpfung der Trunksucht zu unterbreitenden Gelegenheiten über die Bekämpfung der Trunksucht, die Abtreibungsparagrafen und über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die größte Aufgabe im Kampf gegen die Trunksucht ist der Aufklärung, vor allem durch die Presse. Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Trunksucht muß die Tätigkeit der Frau einsehen, ebenso im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose. Gegen die Aufhebung der Abtreibungsparagrafen wenden sich neben den bürgerlichen Parteien auch die Letzte, obwohl festgesetzt worden ist, daß eine Unterbrechung der Schwangerschaft in den ersten drei Monaten mit gar keiner Gefahr verknüpft ist. Wenn angekündigt wird, an das Geschlechtsleben der Frau, schildern wir in der Presse die Tragödien des Lebens, dann wird auch die Frau Interesse bekommen an dem Kampfe um den Sozialismus. (Beifall.)

Genossin Braun-Schweig erörtert an die geringen Summen, die von Reich, Staat und Gemeinde für Wohlfahrtspflege ausgeben werden und kritisiert die Untätigkeit der Befehlenden in bezug auf die Wohlfahrtspflege.

Kelchheim begründet folgenden Antrag, der durch die Fraktion an den Reichstag einzubringen sei: Jede Verordnung, wonach Erwerbstätige, die nicht erwerbsfähig sind, nicht in eine Arbeitsstelle eingestellt werden dürfen oder aus ihr entlassen werden müssen, ist aufzuheben, etwaige Verlängerung der bestehenden oder die Schaffung neuer sind von der U. S. P. abzulehnen.

Burgsch-Berlin weist darauf hin, daß die sittliche Verwahrlosung der Kinder in den letzten Jahren stark zugenommen hat infolge des Krieges, der Wohnungsnot und unserer heutigen Verhältnisse. Unter den Jugendlichen hat die Homosexualität starke Verbreitung gefunden. So ist in Berlin festgestellt worden, daß etwa 50.000 Jugendliche homosexuell sich gebrauchten lassen.

Genossin Agnes begründet eine Resolution zur Alkoholfrage.

Schneider-Gera meint, daß es nicht nur darauf ankomme, Kinderhelme zu schaffen, sondern auch die Kinder im sozialistischen Sinne zu erziehen.

Senke-Büschendorf wünscht, daß sich die Genossinnen durch Verbindungen mit den Gewerkschaften der Jugendhelfer- und Beiratskommissionen annehmen.

Die Debatte wird geschlossen.

Die Genossin Demming berichtet für die Mandatsprüfungskommission. Die Konferenz ist von 27 Delegierten besucht. Anwesend sind 127 Delegierte zur Frauenkonferenz und 18 Delegierte zum Parteitag.

Die Genossinnen Burm und Remig verzichten auf das Schlußwort.

Angenommen werden folgende Entwürfe:

1. Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, sich der Hinterbliebenen der im Kampfe um die Sozialisten und Verletzten anzunehmen.

2. Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Erwerbslosenunterstützung. Angenommen wird eine Entschließung, die es den Genossen zur sozialistischen Pflicht macht, ihren Warenbedarf in der Konsumgenossenschaft zu decken. Die Resolution der Genossin Agnes, die die Förderung der Bekämpfung der Alkoholfrage fordert, wird einstimmig angenommen. Beschlüssen wird, das Referat der Genossin Burm als zu agitatorischen zwecken drucken zu lassen.

Genossin Zieg hebt in ihrer

Schlußansprache

hervor, daß die Konferenz gute Arbeit geleistet hat. Wenn unsere Genossinnen das Material über die Jugendwohlfahrt in der Agitation und in den Parlamenten nutzbar machen, werden wir zum Wohle unserer Jugend wirken können. In den Parlamenten sind die Sozialistinnen und Sozialisten bei allen wichtigen Fragen der Arbeiterklasse von den Bürgerlichen im Stich gelassen worden. Das müssen wir den Frauen zum Bewußtsein bringen. Der Wunsch ist in der Konferenz zum Ausdruck gekommen, schließlich auf dem Boden des Klassenkampfes weiter zu schreiben und uns weder durch den Falschismus von links noch durch den Reformismus von rechts vor unserer Zielsetzung abbringen zu lassen. Wenn wir die Anregungen der Konferenz in unserer Arbeit verwerten und unermüdet mit Begeisterung für die Sache des Proletariats wirken, werden wir auch zu unserem Ziele kommen. Dieses Ziel heißt Verwirklichung des Sozialismus. (Beifall.)

Mit dem Gesang der Internationale wird die Konferenz geschlossen.

Streit der Hausbesitzer?

Die Hausbesitzer, die durch die Heraushebung des Höchstmietensatzes von 45 Prozent auf 70 Prozent unterdrückt sind, hatten am Sonntag vormittag zu einer Privatversammlung nach dem Circus Busch aufgerufen. In der Erwartung, durch die Versammlung Anregungen zu erhalten, wie sie ihre Mieter noch mehr als bisher kröhlen können, waren auch eine ganze Anzahl diesem Rufe gelangt.

Die Versammlung nahm einen recht stürmischen Verlauf. Eine Opposition griff die Bundesleitung heftig an, weil ihr die Forderungen noch nicht weit genug gingen. Erst nach dem Hinauswurf einiger Hauptredner gelang es, die Versammlung zu Ende zu führen. Eine Entschließung, in der ein Streik der Hausbesitzer angedroht wird, falls die Behörden sich den Wünschen der Hausbesitzer nicht mehr als bisher fügen sollten, wurde angenommen. Der Streik der Hausbesitzer soll darin bestehen, daß sie sich weigern, weitere Zahlungen für Gas, Wasser, Müllabfuhr, Steuern usw. zu leisten. Die Opposition hatte in ihrer „Bescheidenheit“ nur 300 Prozent Mietzuschlag gefordert.

In den Referaten wurde die Lage der Hausbesitzer in den schwärzesten Farben gemalt, auch durch einen Appell an die Tränenröhren haßte man zum Ziele zu kommen. Die Mieter dürfen das Vorgehen der Hausbesitzer nicht unterschätzen und allein darauf vertrauen, daß die Behörden die nötig unbedingten Forderungen der Hausbesitzer zurückweisen werden. Die Vertreter der Mieter, die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften werden einen Versuch der Hausbesitzer, durch Zwangsmaßnahmen einen Druck auf die Behörden auszuüben, nicht ruhig hinnehmen, sondern ihrerseits Gegenmaßnahmen treffen. Es läßt sich darauf an, wer die Vermeidung der Zahlungen länger ertragen könnte, Hausbesitzer oder Mieter. Wollen die Herren ein Tägliches wagen?

Mädchenhandel in Berlin

Ostern nachmittags wurde in ihrer Wohnung Altmöbeler Straße 20 die „Schrittschere“ M. Henning geb. Salzweil, von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet. Ueber die Gründe des Eingreifens der Kriminalpolizei erfahren wir folgende Einzelheiten: Frau Henning unterhielt in ihrer Wohnung ein aus-

